



An den Präsidenten des Landtages NRW
Herrn Eckhard Uhlenberg MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, den 23. September 2010

Bitte um Einberufung einer Sondersitzung des Landtages NRW zur dramatischen Finanzsituation der Kommunen

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Uhlenberg,

nachdem sich die dramatische kommunale Finanznot inzwischen wie ein Flächenbrand ausbreitet und zu einer großen Gefahr für unser gesellschaftliches System wird, bitten meine Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeister, Landräte und Kämmerer unseres von inzwischen 27 Städten und Kreisen getragenen Aktionsbündnisses Sie und den Ältestenrat um Einberufung einer Sondersitzung des Landtages.

Mit dieser Bitte greifen wir eine Forderung auf, die wir bereits im Dezember letzten Jahres an Ihre Amtsvorgängerin gerichtet, jedoch auf Anregung des früheren Finanzministers Dr. Helmut Linssen zunächst zurückgestellt hatten.

Wir halten es für dringend geboten, dass die von uns erbetene Sondersitzung möglichst umgehend stattfindet – und zwar ausdrücklich im Vorfeld des für November erwarteten Berichtes der vom Bund einberufenen Gemeindefinanzkommission und der Vorlage des vom Land in Auftrag gegebenen Gutachtens durch die Professoren Junkernheinrich und Lenk. Von der Sondersitzung versprechen wir uns ein eindeutiges Signal des Landtages NRW an unsere Bürgerinnen und Bürger, dass die Kommunen nicht im Stich gelassen werden!

Mit kollegialen Grüßen
Ihre

Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr
Sprecherin des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.